



Dietmar Nietan

Mitglied des Deutschen Bundestages
Dietmar Nietan, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Berlin, Mittwoch, 19. Mai 2021
19. Wahlperiode
229. Sitzung

Zusatzpunkt 1: Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zu den Raketenangriffen auf Israel und der damit verbundenen Eskalation der Gewalt

Dietmar Nietan (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die brutalen Raketenangriffe der vom Iran unterstützten Hamas sind ein permanenter Terrorangriff auf unschuldige Menschen in Israel, der auch ganz bewusst den Tod unschuldiger Palästinenserinnen und Palästinenser in Kauf nimmt. Und angesichts dieses Terrors darf es keinerlei Zweifel geben, dass Deutschland, so wie es Olaf Scholz gesagt hat, eng an der Seite Israels und der israelischen Bürgerinnen und Bürger steht.

(Beifall bei der SPD)

Ich will an dieser Stelle aber auch sagen – ich habe Verständnis dafür; der Wahlkampf lässt grüßen –: Ich empfehle allen, sich einmal anzuschauen, was der SPD-Parteivorstand einstimmig am Montag als Resolution zu Israel beschlossen hat. Da können Sie alle nachlesen, dass es eine nichtkonditionierte Solidarität mit Israel und ein nichtkonditioniertes Bekenntnis gibt. Ich halte es so, wie es ist:

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Das sollte der Walter-Borjans mal lesen! –
Zuruf von der AfD)

Für mich gilt die Beschlusslage der Partei und nicht die Äußerung Einzelner.

(Zuruf von der FDP: Ihnen ist also egal, was der Parteivorsitzende sagt! Das ist ja interessant!)

Zum Zweiten will ich sagen, weil wir ja hier in einem Wettbewerb sind, wer als Schnellster den Tweet zu den Ereignissen in Israel gemacht hat: Lieber Alexander Graf Lambsdorff, du weißt, dass ich dich sehr schätze. Aber wenn du dich so

sehr darauf kaprizierst und auf andere Parteivorsitzende kaprizierst, musst du dich fragen lassen, warum euer Parteivorsitzender heute hier nicht sitzt, wie es die Bundeskanzlerin getan hat.

(Armin-Paulus Hampel [AfD]: Wo ist sie denn? – Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Wo sind denn eure?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle auch noch mal an die eindringlichen Worte der Bundeskanzlerin erinnern; Johann Wadephul hat es schon getan. Sie sagte 2008 vor der Knesset: „... die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.“ Das ist absolut richtig.

Und seitdem sind zwölf Jahre vergangen, und heute stelle ich mir eindringlicher denn je die Frage: Durchdringt diese besondere Verantwortung für die Sicherheit Israels und natürlich auch die Bekämpfung des Antisemitismus unsere tägliche Politik, oder bleibt sie eher eine Verbundenheit auf Abruf, wie es der Historiker Meron Mendel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ am 17. Mai so treffend auf den Punkt gebracht hat?

In diesem Sinne möchte ich gerne an dieser Stelle ein paar vielleicht auch unangenehme Fragen stellen: Wollen wir es weiterhin mit Achselzucken hinnehmen, dass die Mehrheit unserer Bevölkerung, wenn man denn den Umfragen glauben darf, keine besondere Verantwortung Deutschlands für das jüdische Volk sieht? Müssen wir nicht über unsere Bildungspolitik und den Stand der Demokratieförderung in unserem Land nachdenken, wenn immer noch viel zu viele Menschen in Deutschland die israelische Politik in Palästina mehr oder weniger mit den Verbrechen der Nationalsozialisten gleichsetzen?

(Armin-Paulus Hampel [AfD]: Was?)

Könnte es nicht sein, dass bestimmte kleinkarierte Debatten über die Ausgestaltung einer Demokratieförderung und eines Demokratieggesetzes auch irgendwie etwas mit der Vernachlässigung des Kampfes gegen Antisemitismus zu tun haben? Warum schützen wir jüdische Einrichtungen und jüdische Menschen in unserem Land nicht besser gegen ihre Feinde?

Wer die falsche Politik einer rechtsgerichteten israelischen Regierung kritisieren und dagegen protestieren will, muss das nicht vor jüdischen Einrichtungen tun. Wer es aber doch vor jüdischen Einrichtungen macht, entlarvt sich selbst, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall des Abg. Dr. Nils Schmid [SPD])

Genau diesen politischen Kräften, die ihren Antisemitismus und Judenhass unter dem Deckmantel der Kritik an der derzeitigen Politik Israels ausleben, müssen wir viel entschiedener entgegenreten. Ich begrüße deshalb ausdrücklich die Initiative des niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius, der mit einem Erlass die Grundlage dafür schaffen will, dass solche

Demonstrationen in Zukunft nicht mehr vor Synagogen oder anderen jüdischen Einrichtungen stattfinden dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage mich schon, warum so etwas nicht in ganz Deutschland schon lange, für viele Jahre, eine Selbstverständlichkeit ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Leid in Israel und Palästina ist groß, auf beiden Seiten, und deshalb sollte die Empathie mit den unschuldigen israelischen und palästinensischen Opfern der Hamas auch immer die Empathie mit den Palästinenserinnen und Palästinensern einschließen, die gerade in den letzten Jahren aufgrund einer diskriminierenden Siedlungs- und Besatzungspolitik eines israelischen Ministerpräsidenten große Ungerechtigkeiten erfahren haben.

Sollen wir schweigen, wenn sich Herr Netanjahu um seiner persönlichen Machterhaltung willen lieber mit radikalen politischen Kräften in der Knesset und den radikalen Siedlern verbrüderet, anstatt hart an einer neuen Perspektive für einen Frieden zu arbeiten?

(Beifall des Abg. Rainer Spiering [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss Folgendes sagen: Wir haben erlebt, dass ganz viele Juden und Araber in Israel spontan auf die Straße gegangen sind, dass sie demonstriert und gerufen haben: Wir weigern uns, Feinde zu sein! – Dazu schreibt Meron Mendel am Ende seines bemerkenswerten Artikels – –

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Herr Kollege Nietan, –

Dietmar Nietan (SPD):

Ich weiß; ich zitiere zu Ende.

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

– Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dietmar Nietan (SPD):

Wenn Sie es mir erlauben, möchte ich das gerne noch zu Ende führen.

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nein. Ich kann es nicht erlauben. Ich habe es den anderen Kollegen auch nicht erlaubt. – Vielen Dank. Kommen Sie zum Ende.

Dietmar Nietan (SPD):

Dann bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und empfehle Ihnen den Artikel. Ich kann es nicht mehr zitieren. Aber Sie sollten es nachlesen,

wie er endet. Er erinnert uns nämlich daran, dass wir eine gemeinsame Pflicht haben, auf die vernünftigen Kräfte dort zu setzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)